Niederschrift UAJ/014/2013

über die öffentliche Sitzung des Unterausschusses
"Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und
Kindertageseinrichtungen" der Stadt Rheine
am 06.05.2013

Die heutige Sitzung des Unterausschusses "Jugendhilfeplanung, Jugendarbeit und Kindertageseinrichtungen" der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Besprechungsraum 340 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied / Vorsitzende
----------------------	-----	----------------------------

Mitglieder:

Herr Martin Beckmann	CDU	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzender
Herr Norbert Dörnhoff	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Sylvia Egelkamp		Ausschussmitglied f. Jugendwohlfahrtsverbände
Herr Tim Köhler	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Johannes Lammers	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Thomas Rickert	Alternative für Rheine	Sachkundiger Bürger
Herr Carsten Timpe		Ausschussmitglied f. Jugendverbände

beratende Mitglieder:

Herr Hendrik Börger	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Frau Bärbel Tiekötter		Sachkundige Einwohnerin f. Familienbeirat

Vertreter:

Frau Marlies Holtel	FDP	Vertretung für Herrn Dennis Afting-Bühmann
---------------------	-----	--

Gäste:

Herr Hans-Georg Hüske

Stadtjugendring

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann

Fachbereichsleiter FB 2

Frau Medina Atalan

Jugendhilfe- und Sozialplanerin

Frau Diana Besseling

Mitarbeiterin Jugendamt

Herr Manfred Kösters

Produktverantwortlicher

Herr Wolfgang Neumann

Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Dennis Afting-Bühmann FDP

Sachkundiger Bürger

beratende Mitglieder:

Frau Sara Neto Alves

Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Unterausschusses am 18.03.2013

Frau Leskow merkt an, dass Frau Böhme auf der Teilnehmerliste der letzten Sitzung fehle.

Frau Leskow hält die Formulierung in der Niederschrift über die mit der Schließung des Treffs Raduga verbundenen finanziellen Auswirkungen für ungenau.

Herr Gausmann konkretisiert daher seine Aussage: „Es gelte daher, die Entwicklung genau zu beobachten“ dahin gehend, dass die Mittel nicht ausreichen werden, wenn neue Aufgaben durch den Zuzug von Migrantinnen und Migranten aus den EU-Ländern, denen im Januar 2014 Freizügigkeit innerhalb der EU gewährt wird, auf die Jugendhilfe zukommen.

Er verweist in diesem Zusammenhang auf den Beschluss aus dem Integrationsrat am 20.02.2013:

„Der Integrationsrat nimmt die veränderte Bedarfslage zur offenen Jugendarbeit (Raduga) zur Kenntnis. Er empfiehlt der Verwaltung und dem Caritasverband eine Aktualisierung des Konzeptes der interkulturellen Jugendarbeit der Stadt Rheine zu erarbeiten und im Rahmen des Unterausschusses Jugendarbeit zu diskutieren.“

Ansonsten werden gegen Form und Inhalt der Niederschrift keine Bedenken erhoben. Sie gilt somit als genehmigt.

2. Bericht der Verwaltung

Es ergeht kein gesonderter Bericht.

3. Handlungsbedarf aus der Kindergartenbedarfsplanung 2014/2015 ff.

Herr Gausmann führt in die Thematik ein: Zum 01.08.2014 fehlen 133 Plätze für die Ü3-Betreuung. Um diesen Bedarf auffangen zu können, seien 13 zusätzliche Gruppen erforderlich, damit der Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz erfüllt werden könne.

Ein wesentlicher Grund für diese Situation sei die positive Entwicklung in der Einwohnerstruktur: Nach rückläufigen Geburtenzahlen von 2006 nach 2009 sind die Geburtenzahlen wieder angestiegen und hatten 2011 das Niveau von 2007 schon wieder erreicht. Ferner habe es Zuzüge von Familien gegeben, sodass alleine in den letzten 2 Jahren 90 Kinder im Kindergartenalter dazugekommen seien.

Um diesen zusätzlichen Bedarf abdecken zu können, werde das Jugendamt einen Entwurf der Kindergartenbedarfsplanung am Montag, dem 13. Mai 2013, dem Verwaltungsvorstand vorgelegen. Um die Planung überhaupt noch umsetzen zu können, gehe es daher darum, geeignete Standorte nach folgenden Kriterien zu finden:

- Stadtteilbedarfe
- Größe und Lage der Grundstücke, insbesondere verfügbare städtische Flächen
- zeitnahe planerische Umsetzbarkeit (z. B. Bebauungspläne)

Auf Nachfrage von Herrn Dörnhoff nach Details der Wanderungsbewegungen erklärt Herr Gausmann, dass es bisher nur der Wanderungssaldo erfasst wurde. Eine detaillierte Analyse der Zu- und Wegzüge gebe es nicht, da der damit verbundene zeitliche Umfang nicht zu leisten wäre.

Herr Rickert fragt nach, ob die Gruppenform III unter den aktuellen Rahmenbedingungen künftig überhaupt noch eine Zukunft haben werde. Herr Kösters zeigt auf, dass es diese Gruppenform auch künftig weiterhin geben müsse, da alle Kinder der Gruppenform II anschließend in diese Gruppenform übergehen müssten. Jeder Kindergarten, der die Gruppenform II habe, wird auch die Gruppenform III haben müssen, ansonsten müssten die Kinder, die in den Ü3-Bereich hereinwachsen, die Tageseinrichtung wechseln.

Auf Nachfrage von Herrn Lammers weist Herr Kösters darauf hin, dass die Plätze für U3-Kinder nicht mehr für Ü3-Kinder zur Verfügung stehen, da diese durch die U3-Fördermittel gebunden sind. Hier gebe es leider keine Flexibilität. Herr Rickert ergänzt dazu, dass es vor Ort kaum erklärbar sei, dass ein „Ü3-Kind“ keinen Platz bekommen kann, weil nur „U3-Kinder“ aufgenommen werden können.

Auf Nachfrage von Herrn Lammers erläutert Herr Gausmann, dass die Annahme, dass 100 % der Ü3-Kinder auch einen Platz in den Kindertageseinrichtungen beanspruchen, richtig sei. Seit der verpflichtenden Sprachstandsfeststellung und der darauf aufbauenden Sprachförderung in den Tageseinrichtungen wird für alle 3-Jährigen ein Platz benötigt.

Herr Dörnhoff fragt an, warum die Wanderungssalden in vorherigen Planungen nicht betrachtet wurden. Herr Gausmann antwortet, dass lange Zeit die Geburtenstatistik als Grundlage der Planung genutzt wurde, erst jetzt seien die Abweichungen durch die Wanderungsgewinne deutlich geworden.

Auf Nachfrage von Herr Köhler über Prognosen für die Wanderungssalden in der Zukunft führt Herr Gausmann an, dass dazu die Datenbasis zu gering sei. Es sei daher notwendig, die Entwicklung unterjährig differenzierter zu beobachten. Zur Sitzung am 04.07.2013 werde man daher auch noch die Entwicklung im ersten Halbjahr 2013 darstellen.

Herr Beckmann fragt nach, ob diese Daten auch nach Stadtteilen differenziert dargestellt werden können. Er nennt als Beispiel die Stadtteile Rodde und Elte im Zuge der Diskussion über die Schulstandorte. Herr Gausmann zeigt auf, dass die Ist-Betrachtung für die 24 statistischen Bezirke möglich ist, nicht jedoch für die einzelnen Kindertagesstätten.

Zum weiteren Verfahren führt Herr Gausmann aus, dass

- zunächst mit den Trägern Erweiterungsmöglichkeiten bestehender Einrichtungen geprüft werden sollen,
- danach kommen auch Neubauten in den Bereichen Mesum sowie links und rechts der Ems infrage.

Es könne Neubauten als Investorenmodelle geben, genauso sei die Umnutzung bestehender Räumlichkeiten denkbar.

Herr Beckmann weist auf Schulgebäude hin, die künftig aufgegeben werden und nennt als Beispiel die Overbergschule. Herr Gausmann bestätigt, dass zum Beispiel an die Nutzung der Antoniusschule im Falle deren Aufgabe gedacht wurde.

Herr Kösters macht deutlich, dass bei den Überlegungen die Realisierbarkeit zum Stichtag 01.08.2014 gesichert sein müsse. Das bedeute, dass zwischen Juli und September 2013 Träger für die künftigen Einrichtungen gefunden werden müssten.

Es besteht Einvernehmen, dass diese Informationen in diesem Gremium zunächst zur Kenntnis genommen werden. Die weitere Beratung und die Beschlussfassung erfolgen dann im Jugendhilfeausschuss.

4. Kommunaler Kinder- und Jugendförderplan - Teilplan Jugendschutz

Herr Neumann weist zunächst auf die gegenüber dem geltenden kommunalen Kinder- und Jugendförderplan geänderte Struktur der Darstellung hin: Die Strukturierung:

1. Ziele
2. Grundlagen
3. Aktueller Stand
4. Weiterentwicklung
5. Rahmenbedingungen
6. Prioritäten für die Laufzeit des Förderplanes

solle bei Zustimmung des Ausschusses grundsätzlich auch für die weiteren Teilpläne verwendet werden.

Frau Besseling hebt noch einmal die wesentlichen Elemente der Aktivitäten im Bereich Jugendschutz hervor und zeigt absehbare Tendenzen und neue Aufgabenstellungen auf:

Im gesetzlichen Jugendschutz gehe der Schwerpunkt der Aktivitäten inzwischen vom Arbeitskreis „Jugendschutz und Sucht“ eines Gremiums der Aktion SIR (Sicherheit in Rheine) aus.

Die Zusammenarbeit sei in den vergangenen Jahren systematisch ausgebaut worden und werde, wie in der Vorlage dargestellt, weiterentwickelt.

Im erzieherischen Jugendschutz liege der Schwerpunkt eindeutig auf dem Peer-Gruppen-Projekt SaM (Schülerinnen und Schüler als Multiplikatoren), das inzwischen die Themenfelder Drogenprävention, Sexualpädagogik und zunehmend den Themenkomplex Mobbing umfasse.

Wünschenswert, aber aufgrund der personellen und finanziellen Ressourcen im System derzeit nicht weiter ausbaubar seien die Bereiche Elternarbeit sowie Sozialkompetenz (auch hier das Stichwort: Mobbing) in Grundschulen.

Frau Egelkamp fragt nach Konzepten der Elternarbeit. Frau Besseling verweist auf erste Erfahrungen mit „Home-Partys“, die sich nach dem Vorbild der Tupperpartys im privaten Rahmen mit Erziehungsfragen auseinandersetzen. In diesem Kontext kämen Eltern zusammen, die sich untereinander gut kennen. Dabei habe sich aber gezeigt, dass die Bereitschaft, diese Treffen im häuslichen Umfeld stattfinden zu lassen, gering war. Das Konzept habe sich aber auf neutralem Boden bewährt. Dabei konnten insbesondere die Eltern der SaM-Schülerinnen und Schüler angesprochen werden, die in das SaM-Konzept aktiv eingebunden seien. Gedacht sei die Ansprache von Eltern mit Migrationshintergrund. Hier werde aktuell nach Umsetzungsmöglichkeiten in Kooperation mit der Fachstelle Migration gesucht.

Herr Dörnhoff hält die Vorlage grundsätzlich für sinnvoll aufgebaut. Inhaltlich gibt er zu bedenken, dass unter den gegebenen Rahmenbedingungen der Ausbau der Kooperationsstruktur, hier insbesondere die Gewinnung zusätzlicher Kooperationspartner, stärker in den Focus rücken müsse.

Auch fehlten beispielsweise bei den SaM-Programmen Aussagen über die Evaluation und damit den Erfolg dieser Arbeit.

Frau Besseling erklärt dazu, dass in der SaM-Ausbildung verbindliche Verträge mit den Schulen geschlossen würden, ohne die eine Schule nicht teilnehmen könne. In diesem Kontext gibt es in den Schulen einmal jährlich eine Dokumentation über die Aktivitäten der jeweiligen SaM-Gruppen und ihre Arbeit in der Schule.

Herr Gausmann hält es für erforderlich, die Themen Mobbing und Cybermobbing bereits in den Grundschulen anzugehen. Die Themen werden in der Laufzeit des nächsten Förderplanes einen hohen Stellenwert auf der Agenda des Bereichs Jugendschutz behalten. Eigentlich sei es notwendig, auch im Vorschulbereich bereits geeignete Angebote für Eltern und Erzieherinnen und Erzieher zu machen. Herr Rickert bestätigt aus der Erfahrung der Schulbetreuung diese Einschätzung: Mobbing sei überall ein wichtiges Thema.

Zu den Vorschlägen, im gesetzlichen Jugendschutz kontinuierlich Testkäufe einzuführen sowie routinemäßig Jugendschutzkontrollen durchzuführen, merkt Herr Lammers an, dass dies Aufgabe der Ordnungsbehörde sei. Er sehe die Priorität der Aktivitäten des Jugendamtes eindeutig in den genannten Problembereichen Mobbing und Cybermobbing. Hier sollte daher der Schwerpunkt gesetzt werden.

Herr Dörnhoff fragt nach, ob diese Aufgabe nicht von der Schule selbst bearbeitet werden könne. Herr Gausmann hält dem entgegen, dass dazu im Schulsystem die Fachleute fehlten. Daher sei es aktuell Aufgabe der Jugendhilfe, die erforderliche Unterstützung zu geben.

Herr Timpe bedauert, dass hier erneut neue Anforderungen der Schulen auf die Jugendhilfe verlagert würden, ohne dass dazu die erforderlichen Ressourcen aus dem Bereich Schule bereitgestellt würden. Die Jugendhilfe könne es ja machen, wenn die Schule es bezahle.

Herr Börger fragt nach, ob auch die Sonderschulen an der SaM-Ausbildung beteiligt seien.

Frau Besseling erläutert, dass die Grüterschule über längere Zeit dabei gewesen sei, die Mitarbeit inzwischen jedoch auf eigenen Wunsch vorübergehend eingestellt habe, da das SaM-Konzept für diese Zielgruppe nicht geeignet sei. Es werde daher aktuell nach einer neuen Kooperationsform gesucht.

Die Christophorusschule sei bisher nicht beteiligt. Hier werde im Kontext der Umsetzung der Inklusion über geeignete Beteiligungsformen nachgedacht werden müssen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zunächst zur Kenntnis. Der beigefügte Text wird unter Berücksichtigung der Anmerkungen in den kommunalen Kinder- und Jugendförderplan 2014 bis 2018 eingearbeitet und dem JHA zur Beschlussfassung vorgelegt.

5. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

Keine Einwohnerfragen.

6. Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung:

18:20 Uhr

Gabriele Leskow
Ausschussvorsitzende

Wolfgang Neumann
Schriftführer